



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **29. Sitzung (öffentlich)**

16. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:01 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei, Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen**

**9**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2550

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/5445

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

- 2 Gesetz zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW) 11**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/4532
- Wortbeiträge
- 3 Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung 12**
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4278
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Susanne Schneider (FDP), sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss vorgesehenen Anhörung zu beteiligen.
- 4 NRW braucht einen Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit! 13**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2552
- Ausschussprotokoll 18/244 (Anhörung am 10.05.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen.
- 5 Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen! 16**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2553

Ausschussprotokoll 18/248 (Anhörung am 11.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

**6 Die Situation von Endometriose-Betroffenen verbessern – Aufklärung, Versorgung und Forschung stärken** **18**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1361

Ausschussprotokoll 18/196 (Anhörung am 16.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss einigt sich darauf, zu dem Antrag kein Votum abzugeben.

**7 Grenzüberschreitende Kooperationen Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden und Belgien auf den Gebieten Bildung und Kultur intensivieren und so den europäischen Zusammenhalt weiter stärken** **19**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/4371

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

**8 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung 21**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung am 26.04.2023)

– Wortbeiträge

**9 Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen 23**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/4559

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4670

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Jule Wenzel (GRÜNE),  
eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

**10 Einsamkeit in NRW: Warum jetzt gehandelt werden muss! 24**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4582

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

- 11 Pflegeschulen retten und fit für die Zukunft machen!** **25**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4588
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.
- 12 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen** **26**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4585
- keine Wortbeiträge
- 13 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung des erweiterten Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen (NCT) als nicht-rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts** **27**
- Vorlage 18/1361  
Drucksache 18/4863
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Verwaltungsvereinbarungsentwurf zur Kenntnis.
- 14 Einstellung der Förderung für die Forschungsgesellschaft für Gerontologie (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])** **28**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1432
- Wortbeiträge

- 15 Berufliche Anerkennung von Meisterinnen und Meistern sowie Technikerinnen und Technikern in der Arbeitsschutzverwaltung** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **30**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1434
- Wortbeiträge
- 16 Novellierung des Rettungsgesetzes Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **31**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1430
- Wortbeiträge
- 17 Aktueller Stand Stärkungspakt Nordrhein-Westfalen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **33**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1504 (nachträglich erschienen)
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 18 Integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung Nordrhein-Westfalen 2022** (*s. Anlage 4*) **35**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1431
- 19 Entwurf einer Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung (HwO) sowie die Zuständigkeiten nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) (BBiGZustVO)** **38**
- Vorlage 18/1466  
Drucksache 18/5384
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss ist angehört worden.

**20 Verschiedenes**

**39**

hier: **Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW, Drucksache  
18/4341**

**39**

\* \* \*



## 1 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2550

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/5445

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung am 26.01.2023)*

Auch nach der Anhörung sehe seine Fraktion den Antrag als hervorragend an, weshalb er eine Zustimmung empfehle, so **Marco Schmitz (CDU)**

**Thorsten Klute (SPD)** verweist auf den im federführenden Ausschuss zur Abstimmung stehenden Entschließungsantrag. Der von den Koalitionsfraktionen gestellte Antrag bleibe weit hinter dem zurück, was Fachleute für eine Ernährungsstrategie inzwischen forderten. Dies gelte laut der Verbraucherschutzzentrale insbesondere für den Bereich „Soziales“, weil die Preiserhöhungen der letzten Jahre vor allem Haushalte mit geringem Einkommen belasteten.

Fordere man die Landesregierung auf, eine Ernährungsstrategie zu erstellen, sollte der Landtag selbstbewusst genug sein, der Landesregierung dafür mehr Vorgaben zu machen. Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bund, kurz WBAE, habe dies im Zuge einer Strategieentwicklung des im Bund dafür zuständigen grünen Ministers genau so getan. Laut ihm müsse eine Strategie für nachhaltige Ernährung die Zieldimensionen Gesundheit, Soziales, Umwelt und Tierwohl umfassen.

Der WBAE empfehle außerdem eine beitragsfreie Kita- und Schulernährung, weil dadurch in eine Unterstützung junger Familien investiert werde. Dies könne nicht ignoriert werden.

Dem Antrag liege ein ganzheitlicher Ansatz zugrunde, denn was den Menschen gut tue, tue auch dem Planeten gut, leitet **Meral Thoms (GRÜNE)** ihren Wortbeitrag ein. Zu einem solchen ganzheitlichen Ansatz zählten auch Gesundheitsförderung und

Prävention etwa durch gesundheitliche Bildung in Kitas und Schulen. Es gebe einen direkten Zusammenhang zwischen schlechter Ernährung und Erkrankungen wie Diabetes, Adipositas und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Die im Rahmen der Anhörung fokussierten Themen „soziale Gerechtigkeit“ und „Ernährungsarmut“ würden bei der Erstellung der Ernährungsstrategie aufgegriffen, dazu bedürfe es des Entschließungsantrags nicht.

Aus der Anhörung gehe hervor, dass ein Fokus auf Seniorinnen und Senioren im Quartier gelegt werden müsse und dass es insgesamt zahlreiche gute Gründe für eine nachhaltige Ernährungsstrategie auf Landesebene gebe.

Es sollten gute Initiativen identifiziert, Vernetzung vorangetrieben und bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden. Dies geschehe etwa durch eine bessere Vernetzung der Ernährungsräte.

**Susanne Schneider (FDP)** kritisiert, die geforderte Ernährungsstrategie bleibe im Antrag vage. Außerdem Sorge sie sich, weil nicht nur Beratungen erbracht, sondern den Menschen auch bestimmte Ernährungsweise aufgezwungen werden sollten. Auch sie sehe aber Ernährungsbildung als Voraussetzung für eine gesunde Ernährung an.

**Dr. Martin Vincenz (AfD)** merkt an, die Empfehlungen in Bezug auf gesunde Ernährung hätten sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und könnten sich auch in Zukunft wieder wandeln, sodass mit der Ernährungsstrategie eventuell Empfehlungen verbreitet würden, die irgendwann relativiert werden müssten – so geschehen bei dem Rat zu einer kohlehydratreichen Ernährung und dem Anstieg von Diabetes-Typ-2-Erkrankungen. Zudem bestehe bereits jetzt Uneinigkeit hinsichtlich der Empfehlungen etwa der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in Bezug auf den Fleischkonsum. Dies zeige, dass sich auch die Vereinbarkeit von gesunder Ernährung und dem Schutz des Planeten schwierig gestalte.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.